



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 01.09.2017

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 5. September 2017, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 20.06.2017
2. 16-S-00-0020
Wahl eines Verwaltungsbediensteten zum weiteren Schriftführer
3. **CityBahn**
- Bürgerbeteiligung, Bericht des zuständigen Dezernenten

- *Zu diesem Tagesordnungspunkt ist eine gemeinsame Beratung mit dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik vorgesehen -*

4. 17-F-33-0007

Bericht zur verkehrlichen Situation an der Kreuzung von Schönaustraße/Stegerwaldstraße und Veilchenweg/Sylter Straße

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 22.08.2017 -

Immer wieder sind zum Teil schwere Unfälle an der Kreuzung Veilchenweg/Schönaustraße an der Tagesordnung. Überdies befindet sich auf der der Siedlung abgewandten Straßenseite eine Bushaltestelle, die nur durch Überqueren der an dieser Stelle häufig mit überhöhter Geschwindigkeit frequentierten Straße zu erreichen ist. Kaum zu beziffern ist die Anzahl an Beinahe-Unfällen und gefährlichen Situationen, von denen ebenfalls regelmäßig berichtet wird. Seit Jahren weist der Ortsbeirat Dotzheim mit Nachdruck auf den dringenden Handlungsbedarf hin und schlägt vor, an dieser Stelle eine verkehrliche Veränderung durch die Einrichtung eines Verkehrskreisels vorzunehmen sowie eine Verlagerung der Bushaltestelle in Betracht zu ziehen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. welche Bedingungen erfüllt und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um an dieser Stelle einen Kreisel vorzusehen und einzurichten,
2. ob er hierzu bereits Erwägungen vorgenommen oder Planungsschritte ergriffen hat bzw.
3. wann hier mit einem Tätigwerden durch die Stadt zu rechnen ist.

5. 17-F-21-0083

Einführung einer nächtlichen Tempo-30-Begrenzung für Frauensteiner Kirschblütenstraße
- Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 29.08.2017 -

Die Ortsdurchfahrtsstraße in Frauenstein ist eine der Haupteinfall- bzw. Hauptausfallstraßen für Berufspendler. Außerhalb der Stoßzeiten, insbesondere nachts, kommt es mitunter zu teils erheblichen Geschwindigkeitsüberschreitungen. In der Vergangenheit konnte hier zudem keine dauerhafte Tempo-30-Begrenzung eingerichtet werden, um insbesondere den Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner zu gewährleisten.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die rechtlichen Rahmenbedingungen zu prüfen und darzulegen, unter denen eine nächtliche Tempo-30-Begrenzung in der Kirschblütenstraße zulässig wäre;
2. auf dieser Grundlage ein rechtlich tragfähiges Konzept für eine probeweise Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 zum Zweck des Lärmschutzes in der Nacht zu erarbeiten, welches geeignete Evaluationsmechanismen einer solchen Maßnahme unter Einbeziehung der zuständigen kommunalen und Landesbehörden berücksichtigt, und
3. dem Ausschuss dieses Konzept zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

6. 17-F-10-0020

Neubau eines Fußwegs in Wiesbaden-Biebrich
- Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 14.08.2017 -

Auf dem unbebauten Grundstück Gemarkung Biebrich 0571, Flur 36, Flurstück 163/11 ist ein veritabler Trampelpfad entstanden, der die Glarusstraße mit der Pfälzer Straße verbindet. Der Trampelpfad hat sich gebildet, da Anwohner kommend aus der Pfälzer Straße oder Teplitzstraße sonst einen erheblichen Umweg laufen müssten, um zum Beispiel ihre Arbeitsstelle, den Einkaufsmarkt oder die Außenstelle des Amtes für Soziale Arbeit in der Glarusstraße zu erreichen. Im Winter und bei feuchter Witterung sind die Zustände vor allem für ältere Menschen nicht zumutbar.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle beschließen:

1. Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird beauftragt, die Möglichkeiten zum Bau eines einfachen Fußwegs auf dem genannten Flurstück zu prüfen.
2. Der Magistrat wird darüber hinaus beauftragt, die voraussichtlichen Kosten und die verkehrssicherungstechnischen Notwendigkeiten eines befestigten Fußwegs zu ermitteln.

7. 17-F-05-0027

Klarheit und Wahrheit bei der Citybahn schaffen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 22.08.2017 -

Wer sich über die Citybahn informieren möchte und dazu die Seite citybahn-verbindet.de nutzt, dem wird suggeriert, dass das Projekt schon in trockenen Tüchern sei. Trotz der noch nicht vorhandenen Machbarkeitsstudie und den entsprechenden Beschlüssen der Gremien, wird hier das Bild eines Projektes gezeichnet, das kurz vor seiner Vollendung steht. Damit gehen die unterschiedlichen Aussagen aus Wiesbaden einerseits und Mainz und dem Rheingau-Taunus-Kreis andererseits einher, die den zeitlichen Horizont des Projektes betreffen. Während man in Wiesbaden schon einmal zweckoptimistisch den Betrieb für das Jahr 2020 (Stadtrat Kowol im Rahmen der Akteurswerkstatt am 26. Juni 2017) kolportiert, tritt man anderswo auf die Bremse. All das und weitere Berichte sorgten in den letzten Wochen und Monaten für teilweise erhebliche Verwirrung innerhalb der Bevölkerung und dienten nicht der viel beschworenen Transparenz.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten schriftlich zu berichten,

1. ob und auf welchen Streckenabschnitten für die Citybahn ein eigener Gleiskörper gebaut wird.
2. in welchem Abhängigkeitsverhältnis eigener Gleiskörper und Förderung durch Bund und Land stehen.
3. ob und in welchem Ausmaß die Trasse der Citybahn auch von anderen Verkehrsmitteln genutzt werden kann und soll.
4. welche Stellen entlang der geplanten Trasse bzw. des Trassenkorridors überhaupt für die Einrichtung von Haltestellen mit 60 Metern Länge geeignet sind.

5. welche Probleme beim Bau von Haltestellen mit einer Länge von 60 Metern - insbesondere im Mainzer Stadtgebiet - auftreten können.
6. ob bereits gutachterlich festgestellt wurde, ob die Theodor-Heuss-Brücke statisch in der Lage ist, den Citybahnverkehr (mit 60 Meter langen Bahnen) zu tragen.
7. wie die im Ortsbeirat AKK geäußerten Wünsche hinsichtlich einer zweiten Rheinbrücke in Hinsicht auf das geplante Citybahnprojekt (auch hinsichtlich etwaiger Kosten) bewertet werden.
8. ob es aufgrund der Planungen der Citybahn andere Projekte und/oder Planungen gibt, die durch Einsprüche etc. in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der Magistrat wird ferner gebeten,

1. in seiner Kommunikation sicherzustellen, dass ein wahrheitsgemäßes Bild der aktuellen Planungen und des aktuellen Sachstandes bezüglich der Citybahn gezeichnet wird.
2. auf die ESWE Verkehr und die Citybahn GmbH hinzuwirken, dass auch diese Gesellschaften keine Aussagen über das geplante Bahnprojekt treffen, die nicht wissenschaftlich gedeckt und durch entsprechende Gutachten bestätigt sind.
3. eine, mit der Stadt Mainz und dem Rheingau-Taunus-Kreis abgestimmte Antwort darüber zu geben, wann frühestens mit etwaigen Baumaßnahmen begonnen werden kann.

8. 17-F-08-0049

Ein realistisches Wohnversorgungskonzept für Wiesbaden
- Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion vom 30.08.2017 -

Ca. 3200 Anfragen nach Sozialwohnungen liegen beim städtischen Wohnungsservice vor. Das heißt, etwa 7000 Menschen warten auf eine bezahlbare Wohnung. Über 1000 Menschen leben als Geflüchtete auf ungewisse Zeit in Massenunterkünften. Nach einer Anfrage der Fraktion L&P beim Dezernat für Umwelt und Soziales verlieren im Durchschnitt 266 Wohnungen pro Jahr die Mietpreisbindung - das sind insgesamt 2688 Wohnungen von 2010 bis 2020.

Dabei steigen die Mieten in Wiesbaden weiter, ohne dass für die Mehrzahl der Wiesbadener*innen entsprechend höhere Einkünfte zur Verfügung stünden. Es ist obendrein fraglich, ob das von der Stadtverordnetenversammlung im März 2017 formulierte Ziel, 400 Sozialwohnungen pro Jahr neu zu bauen, erreicht wird. Bei vielen Bauprojekten werden schon jetzt die 2012 und 2013 beschlossenen Quoten von 15 % bei Wohnprojekten mit mehr als 25 Wohnungen und die 2017 beschlossene Quote von 22% geförderten Wohnungen bei Projekten mit mehr als 60 Wohnungen nicht eingehalten.

Die Leistungen der städtischen Wohnungsgesellschaften sind anzuerkennen, reichen aber bei weitem nicht aus, um dies auszugleichen und den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken. Die in den Verträgen vereinbarten relativ kurzen Fristen für Mietpreisbindungen von 15 bis 20 Jahren führen obendrein dazu, dass die ersten Wohnungen schon wieder aus der Bindung herausgefallen sein werden, bis die letzten gebaut sind. Vor diesem Hintergrund drängen Organisationen wie der Mieterbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die BI Gemeinwohl hat Vorfahrt und der Hessische Flüchtlingsrat auf Lösungen. Diese können mit der derzeitigen Praxis, nicht mal ein Drittel Wohnungen neu zu bauen, die Normalverdiener bezahlen können, nicht erreicht werden.

Vor diesem Hintergrund braucht die Landeshauptstadt Wiesbaden ein kommunales Wohnversorgungskonzept, das auf einer ehrlichen Analyse der Wohnbedarfe in unserer Stadt begründet ist.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge

1. eine detaillierte Analyse der Wohnbedarfe in Wiesbaden vorlegen;
2. prüfen, ob dies als vorrangige und zeitnah zu erledigende Aufgabe vom Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik geleistet werden kann;
3. eine Arbeits- oder Steuerungsgruppe einsetzen, die auf der Grundlage der Wohnbedarfsanalyse ein **Wohnversorgungskonzept** für die Landeshauptstadt Wiesbaden erarbeitet.

9. 17-V-05-0005

Implementierung eines öffentlichen Fahrradvermietungs-systems in Wiesbaden

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 05.09.2017 -

10. 17-V-01-0018

DL 29/17-2

Änderung der Ordnung des Gestaltungsbeirates, Wiederberufung der Beiratsmitglieder, Umbenennung in Gestaltungs- und Denkmalbeirat

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 5.9.2017 -

11. 17-V-61-0025

DL 29/17-13, 27/17-7

Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfs „Erbenheim-Süd“ im Ortsbezirk Erbenheim - Satzungsbeschluss -

12. 17-V-61-0027

DL 29/17-14

Bebauungsplan "Carl-von-Ossietzky-Schule" im Ortsbezirk Klarenthal - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

13. 17-V-63-0003

DL 29/17-1 NÖ

Bauantrag; Schiersteiner Straße 96 + 98/Ecke Platanenstraße 42-46 - Neubau Mehrfamilienhaus mit 47 Wohnungen, Gewerbe im Erdgeschoss und einer Tiefgarage im Untergeschoss

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 5.9.2017 -

14. 17-F-01-0014

Premiumsegment Elektromobilität auf Wiesbadener Automobilausstellung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.08.2017 -

Die Wiesbadener Automobilausstellung zieht alljährlich eine große Menge an Händlerinnen und Händlern sowie an Besucherinnen und Besuchern und Interessierten an. Sie ist damit ein bedeutender Bestandteil des Verkaufsmarketings für Neuwagen in der Stadt. Gerade vor dem Hintergrund der intensiven Debatte um Vor- und Nachteile verschiedener Verkehrsmittel würde eine reine „PS-Show“ jedoch anachronistisch anmuten. Während die Stadt erhebliche Anstrengungen unternimmt, um die Luftqualität in Wiesbaden zu verbessern und hierzu auch anstrebt, den ÖPNV vollständig auf lokal emissionsfreie Verkehrsmittel umzustellen, führt die Elektromobilität in dem hier beschriebenen Segment noch ein Nischendasein.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. Bei der Planung und Gestaltung der Wiesbadener Automobilausstellung in Zukunft eine Ausstellfläche für ein „Premiumsegment E-Mobilität“ an besonders zentraler und exponierter Stelle vorzuhalten, idealerweise auf der Fläche zwischen Rathaus und Landtag.
Dieses sollte so dimensioniert sein, dass der Wille der Landeshauptstadt Wiesbaden, den Umstieg auf alternative Antriebssysteme umzusteigen, deutlich betont wird. Er wird überdies gebeten, mit der ESWE-Verkehrsgesellschaft Möglichkeiten zu erörtern, in diesem Rahmen auch auf das in Zukunft angedachte System des lokal emissionsfreien ÖPNV hinzuweisen.
2. Hierzu wolle der Magistrat gemeinsam mit Wiesbaden Marketing ein geeignetes Konzept entwickeln und dem Ausschuss vorzustellen.

15. 17-F-08-0050

Stadtplatz mit Radweg vor der Elly-Heuss-Schule neu gestalten
- Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion vom 30.08.2017 -

Die Gestaltung des Stadtplatzes vor der Elly-Heuss-Schule ist Teil des Integrierten Handlungskonzepts „Aktive Kernbereiche - Wiesbaden Innenstadt-West“. Er soll als „ein städtisch geprägter Platz das Verbindungsglied zwischen der Innenstadt und dem Inneren Westend darstellen.“ Er soll auch der „Stärkung des nicht-motorisierten Verkehrs und der Verknüpfung zur Einkaufsinnenstadt“ dienen.

Planungen liegen bereits vor. Sie sind jedoch bis zum Abriss des von der Elly-Heuss-Schule genutzten, zur Schwalbacher Straße hin gelegenen Gebäudes des ehemaligen Arbeitsamtes zurückgestellt worden. Für den Abriss des Gebäudes und die Errichtung eines erforderlichen Neubaus gibt es jedoch keine zeitlich konkreten Planungen. Außerdem sind erst kürzlich Renovierungsmaßnahmen - etwa die Instandsetzung von Toiletten -, an diesem Gebäude durchgeführt worden, was für eine längere Nutzungsperspektive spricht. Deshalb erscheint es sinnvoll, die Gestaltung des Stadtplatzes mit Radweg ohne Einbeziehung von Abriss und Neubau des Gebäudes vorzunehmen.

Der Verlauf des Radwegs vor der Elly-Heuss-Schule ist unbefriedigend und wird von Passantinnen und Passanten, sei es zu Fuß, sei es auf dem Fahrrad, immer wieder beklagt.

Fußgänger, insbesondere Kinder sowie Schülerinnen und Schüler der Elly-Heuss-Schule sind durch aus der Fahrradstraße Bertramstraße kommende sowie sich dorthin bewegende Fahrrad Fahrende immer wieder gefährdet - eine insgesamt unhaltbare Situation. Um einen Fahrradweg sinnvoll anlegen zu können, müsste der Platz vor der Elly-Heuss-Schule, der zur Zeit mit einem schweren Eisengitter abgegrenzt ist und vom Schulpersonal als Parkplatz genutzt wird, einbezogen werden.

Es ist zu prüfen, inwieweit Fördermittel des Bundes und des Landes Hessen im Rahmen des Konzepts „Aktive Kernbereiche in Hessen“ beantragt, als auch Mittel aus dem Garagenfonds für Fahrradwege zur Verfügung gestellt werden können.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge auf Grundlage der im Zusammenhang mit dem Bau der Sporthalle am Platz der deutschen Einheit schon entworfenen und mit der Elly-Heuss-Schule schon abgestimmten Planungen den Stadtplatz mit einem Radweg ohne weiteren Verzug neu gestalten.

16. 17-F-08-0051

Umsetzung eines Beschlusses „Sozialgerechte Bodennutzung in Wiesbaden“ des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13. März 2013
- Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion vom 30.08.2017 -

In der Sitzung am 13. März 2013 hat der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr beschlossen (Beschluss Nr. 0040 / Vorlagen-Nr. 13-F-33-0014):

1. Der Magistrat wird gebeten ein Regelwerk zur Sicherstellung einer sozialgerechten Bodenordnung in Wiesbaden zu entwerfen, das die drei folgenden zentralen Elemente berücksichtigt:
 - Beteiligung der Planungsbegünstigten an den Kosten der sozialen und technischen Infrastruktur,
 - In Umsetzung des Beschlusses 0054 der StvV vom 07.02.13 Sicherstellung eines Anteils von mindestens 15 Prozent geförderten Wohnungsbaus an dem Gesamtvolumen von Entwicklungsgebieten mit mehr als 60 Wohneinheiten,
 - Verbleib eines angemessenen Anteils von mindestens einem Drittel des planungsbedingten Wertzuwachses beim Planungsbegünstigten.
2. Bei der dezernatsübergreifenden Erarbeitung des Regelwerkes sind die wesentlichen Elemente sowie die Vor- und Nachteile des Münchner Modells und anderer kommunaler Modelle näher zu beleuchten und die für Wiesbaden positiv erscheinenden Punkte zu verwerten.
3. Ein durch die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähiger Entwurf eines solchen Regelwerkes der Sozialen Bodenordnung ist dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möglichst kurzfristig vorzustellen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

wann der Entwurf eines Regelwerkes zur Sicherstellung einer sozialgerechten Bodenordnung in Wiesbaden dem Ausschuss vorgelegt wird.

17. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **17-F-02-0025** **ANLAGE**

Beschleunigte Bauverfahren umsetzen
- Bericht des Dezernates IV vom 22.08.2017 -

2. **17-V-01-0024** **ANLAGE**

Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung und der öffentlichen Sitzung des Gestaltungsbeirates am 14. Juni 2017

3. **17-V-01-0033** **DL 28/17-1, 26/17-1**

Eckpunkte zum Bau und Betrieb eines Museums für abstrakte Kunst auf dem Grundstück Wilhelmstr. 1

4. **17-V-05-0001**

Fahrplanwechsel am 10.12.2017

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 05.09.2017 -

5. **17-V-20-0014** **DL 24/17-5**

Investitionscontrolling 1. Quartal 2017

6. **17-V-20-0031** **DL 25/17-3**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2017 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

7. **17-V-20-0032** **DL 24/17-7**

Übersicht der durch den Magistrat vom 01.04.2017 bis 30.06.2017 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

8. **17-V-20-0043** **DL 28/17-5, 27/17-1 NÖ, 26/17-5**
Konsortialvertrag und Gesellschaftsvertrag der CityBahn GmbH
9. **17-V-36-0009** **DL 29/17-6**
Planfeststellungsverfahren "Neubau Schienenfahrzeugwerkstatt und Außenreinigungsanlage mit Gleisanschluss auf dem Gelände des Industrieparks Kalle-Albert in Wiesbaden"
- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 05.09.2017 -
10. **17-V-61-0020** **DL 24/17-12**
Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Beteiligung und Stellungnahme
11. **17-V-66-0104** **DL 29/17-15, 28/17-17 , 26/17-17**
Zusätzlicher Personalbedarf für den Aufbau eines Radverkehrsbüros und für die Erschließung von Wohngebieten
12. **17-V-66-0107** **DL 29/17-2 NÖ**
Werbenutzungsvertrag 2. Nachtrag
13. **17-V-66-0212** **DL 25/17-11**
Maarastraße in Mainz-Kostheim; Fußgängersicherung
14. **17-V-80-2316** **DL 24/17-1 NÖ**
Beendigung eines Erbbaurechts und Verkauf eines Grundstücks in Schierstein
15. **17-V-80-2326** **DL 25/17-1 NÖ**
Gründerwerb für den Neubau der Carl-von-Ossietzky-Schule

Seite 10 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 5. September 2017

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender